

## **Pressemitteilung zur Mahnwache des Landesverbandes Bayern der Bürgerrechtspartei DIE FREIHEIT am 20. Juli 2011**

An die Münchner Medienvertreter

München, den 18.7.2011

### **Mahnwache für ISRAEL und gegen den Antisemitismus der LINKSPARTEI**

Sehr geehrte Damen und Herren der Münchner Medien,

am 20. Juli 2011 veranstaltet der Kreisverband München der LINKEN unter Teilnahme ihres Bundesvorsitzenden Klaus Ernst eine öffentliche Mitgliederversammlung. Dieser Kreisverband hat die Teilnahme seines Vorstandsmitglieds Elfi Padovan an der diesjährigen sogenannten „Gaza-Hilfsflotte“ abgesegnet, wozu Klaus Ernst eine Stellungnahme gegenüber der Presse verweigert.

Besonders vielsagend ist hierbei, dass die Bundestagsfraktion der vom Verfassungsschutz beobachteten Partei „DIE LINKE“ in einem aufsehenerregenden Beschluss am 07.06.2011 festgelegt hatte, künftig nicht mehr antisemitisch sein zu wollen. Aufgrund dieses Beschlusses wollte sich DIE LINKE künftig weder zum Boykott israelischer Waren aufrufen, noch eine „Ein-Staaten-Lösung“ fordern und sich auch nicht an der diesjährigen sogenannten „Gaza-Hilfsflotte“ beteiligen. Der Bundesvorstand der Partei, Klaus Ernst, betont auf seiner Internetseite die Einstimmigkeit des Beschlusses durch die Bundestagsfraktion.

Der Münchner Kreisverband der LINKEN stellt sich dieser Sichtweise entgegen, indem er am Sonntag, den 03. Juli mit großer Mehrheit die Teilnahme an dieser sogenannten „Hilfsflotte“ ihres Vorstandsmitgliedes Elfi Padovan im Nachhinein absegnete. Das ist nur eine der vielen Aktionen, mit denen DIE LINKE ihre wahre Gesinnung offenbart. Hierbei scheuen sich Teile dieser sozialistischen Partei nicht, zum Boykott jüdischer Waren aufzurufen und damit in übelster Weise propagandistischen Traditionslinien der Nationalen Sozialisten wieder aufleben zu lassen.

Bei der fraglichen Abstimmung des Kreisverbandes München war ausgerechnet die Bundestagsabgeordnete und damit Mitglied der Bundestagsfraktion, Nicole Gohlke, eine der Unterstützer. Allerdings weigerte sich die Bundestagsabgeordnete gegenüber Report München, ihr von der Festlegung der Bundestagsfraktion abweichendes Stimmverhalten zu begründen. Ebenso verweigerte der Bundesvorsitzende Ernst dem Fernsehmagazin des Bayerischen Rundfunks eine Stellungnahme zum Beschluss des Kreisverbandes München.

Doch trotz dieses Beschlusses, der im Widerspruch zu dem vorgegebenen Anliegen der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE steht, wird der Bundesvorsitzende Klaus Ernst in München unbeeindruckt an der Programmdebatte teilnehmen.

Aus Sicht der Bürgerrechtspartei DIE FREIHEIT zeigt sich am Verhalten des Klaus Ernst, dass es der Parteispitze der LINKEN kein wirkliches Anliegen ist, die antisemitischen Mitglieder der LINKEN zur Ordnung zu rufen. Vielmehr wollte DIE LINKE augenscheinlich nur die Öffentlichkeit beruhigen. Dabei war der Parteispitze sehr wohl bewusst, dass die antisemitischen Strömungen - die zum Teil Terrorgruppen wie die Hamas als Verbündete betrachten - tatsächlich vollkommen anderer Meinung sind. Welchen Bündnispartners sich DIE LINKE bedient, wird durch einen Blick auf Artikel 7 der Hamas-Charta deutlich, in dem unter Berufung auf den Propheten Mohammed zum Töten von Juden aufgerufen wird:

*Der Prophet – Andacht und Frieden Allahs sei mit ihm, – erklärte: Die Zeit wird nicht anbrechen, bevor nicht die Muslime die Juden bekämpfen und sie töten; bevor sich nicht die Juden hinter Felsen und Bäumen verstecken, welche ausrufen: Oh Muslim! Da ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt; komm und töte ihn!*

Diesem grassierenden Antisemitismus ist auch die Tatsache geschuldet, dass der verhärtet antisemitische Teil der Bundestagsfraktion an der Abstimmung erst gar nicht teilnahm, um so der Partei zu ermöglichen, die Öffentlichkeit durch einen „einstimmigen“ Beschluss zu täuschen. Ernst und Gohlke führen dieses Schauspiel fort, indem sie mit der Programmdebatte der Öffentlichkeit eine nicht gegebene Normalität vorgaukeln wollen.

Und so ist es möglich, dass in der ehemaligen „Hauptstadt der Bewegung“ der Antisemitismus dank der LINKEN wieder fröhliche Urstände feiern kann. Dass DIE LINKE gerade am Jahrestag des Widerstandes gegen Adolf Hitler in München zum Alltag übergeht, ohne die offensichtlich starken antisemitischen Kräfte in die Schranken gewiesen zu haben, darf nicht ohne Widerspruch der kritischen Öffentlichkeit bleiben. Dabei ist der Aufruf, den Anfängen zu wehren, mittlerweile ungenügend. „DIE LINKE“ ist in einem hohen Ausmaß und seit langem mit sich verstärkender Tendenz antisemitisch. Daher kann nicht mehr davon gesprochen werden, dies seien die „Anfänge“.

Die Bürgerrechtspartei DIE FREIHEIT ruft daher alle demokratischen Kräfte zur Teilnahme an einem Münchner Bündnis gegen Antisemitismus auf. Doch es darf nicht nur bei der berechtigten Empörung bleiben. Daher haben wir uns dazu entschlossen, diesem Ungeist entgegenzutreten und am 20. Juli in München am Tagungsort der Partei DIE LINKE (**Naupliastr. 2, Beginn 17.30 Uhr**) mit einer **Mahnwache** die Bürger Münchens auf den Antisemitismus und seine Gefahren aufmerksam zu machen.

Wir rufen alle demokratischen und nicht vom Verfassungsschutz beobachteten Parteien im Münchner Stadtrat zur Teilnahme an dieser Mahnwache auf. Und - unabhängig hiervon - zum Beitritt beim „Münchner Bündnis gegen Antisemitismus“, das vom bayerischen Landesverband der FREIHEIT gegründet wurde.

Mit freundlichen Grüßen,

Michael Stürzenberger

Pressesprecher DIE FREIHEIT Landesverband Bayern

Für telefonische Rückfragen stehe ich Ihnen unter 0170-2310047 gerne zur Verfügung.